

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

14./15. Juni 2003, Messe, Cottbus

G r ü n e

Beschluss

Aktive Arbeitsmarktpolitik – aktives Arbeitsamt

Das Problem der seit Jahrzehnten ungelösten Massenarbeitslosigkeit hat den Sozialstaat mittlerweile in seinen Grundfesten erschüttert. Keine Reform der sozialen Systeme kann gelingen, wenn nicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit zufriedenstellend gelöst wird.

Die derzeitige Reformdiskussion birgt Chancen, weil sie die dringend notwendigen Reformen der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitsmarktpolitik ermöglichen könnte, die bisher blockiert waren. Die ausufernde Diskussion zur Agenda 2010 birgt aber zusehends die Gefahr der politischen Unübersichtlichkeit und der Unverbindlichkeit. Dabei darf es nicht dazu kommen, dass mit der Agenda 2010 die Arbeitsmarktprobleme von heute und morgen mit den industriegesellschaftlichen Leitbildern von gestern gelöst werden sollen. Mit diesem Antrag soll daher der ursprüngliche Auftrag der Hartz-Kommission, Vorschläge für die Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit und die damit verbundene Arbeitsmarktpolitik wieder in den Mittelpunkt zu rücken unterbreitet werden.

Zur Steigerung der Qualität und der Wirksamkeit von Arbeitsförderung und Arbeitsvermittlung sind folgende Voraussetzungen zu schaffen:

1. Umbau der Bundesanstalt für Arbeit
2. Entwicklung der Weiterbildungsstruktur
3. Umverteilung der Arbeit

1. Umbau der Bundesanstalt für Arbeit

Bündnisgrüne Sozialpolitik ist geprägt von dem Leitbild der sozialen Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Die Vielzahl der arbeitsmarktpolitischen Patentrezepte verschließen den Blick auf eine erforderliche Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik un-



ter den aktuellen Gegebenheiten. Diese sind die konjunkturelle Lage, die Schuldsituation der öffentlichen Haushalte und die desaströse Arbeitsmarktlage. Mit alten Konzepten und Strukturen (wie z.B. einer kreditfinanzierten Ausgabenpolitik mit beschäftigungsfördernden Zielen) lassen sich diese Probleme nicht lösen, da sie eine Anleihe zu Ungunsten nachfolgender Generationen darstellen. Bisherige zentrale Programme mit hohem Mitteleinsatz führten häufig zu geringen Eingliederungseffekten. Die zukünftige Arbeitsmarktpolitik wird davon geprägt sein, vorhandene Mittel effizienter und effektiver einzusetzen. Dabei bieten sich prinzipiell die Agenda 2010 und das Hartz-Konzept an.

Regionalisierung und Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik

Nach unserer Auffassung wird eine moderne, auf die Zukunft gerichtete Arbeitsmarktpolitik ihren Aufgaben gerecht, wenn sie die regionale Gestaltungskraft und Eigenständigkeiten berücksichtigt, demokratische Prozesse ermöglicht, Netzwerke bildet, Ressourcen bündelt und Akteure vor Ort in Planungen einbindet.

Vor diesem Hintergrund stellt die derzeitige Organisation und Steuerung der BA ein großes Hemmnis dar. Es ist nicht zu erkennen, wie diese zentrale Struktur der Vielfalt an regionalen und wirtschaftlichen Mustern und Problemen, sowie wirksam den Herausforderungen der Massenarbeitslosigkeit begegnen will.

Es sei daran erinnert, dass der Auslöser für die Berufung der Kommission "Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" der Skandal der Vermittlungsstatistik der BA war, der zu der einhelligen Einschätzung führte, dass die Behörde in ihrer derzeitigen Struktur nicht in der Lage sei, erfolgreiche Strategien zur Senkung der Arbeitslosigkeit umzusetzen. Zu den vier Kernelementen des Auftrages an die Hartz-Kommission zählte neben der Aufgabenkonzentration auf Kernbereiche, Vermittlung und Beratung im Zentrum, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auch der organisatorische Umbau der BA. Innerhalb dieses Auftrages hat die Hartz-Kommission ihren Auftrag eher unterdurchschnittlich erfüllt, da sich nur zwei Module hiermit befassen und lediglich Angaben über die künftige Rolle der Landesarbeitsämter sowie Controlling und EDV-Infrastruktur erfolgen.

Der BA ist es anscheinend selbst überlassen, den erforderlichen Umbau vorzunehmen. Das ist angesichts der dramatischen Situation der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit nicht haltbar. Eine nachhaltige Veränderung der Arbeitsmarktlage kann letztlich nicht mit der Umsetzung einer unvollständigen Reform erfolgen. Ohne eine zügige Umorganisation der BA hängen die Reformschritte im luftleeren Raum.

Demokratische, ergebnisorientierte Steuerung – Zielgruppenorientierung erhalten

Die Forderung für Bündnis 90/Die Grünen muss sich nach einer demokratischen, ergebnisorientierten Steuerung durch die neuorganisierte und öffentlich kontrollierte BA richten. Eine hierarchische Zentralbehörde, die fortlaufend schlecht informierte und problem inadäquate Entscheidungen trifft, die

den örtlichen Arbeitsämtern und ihren MitarbeiterInnen keinen Spielraum für Innovationen ermöglicht, sowie eine starke Abgeschlossenheit aufweist, die dadurch begünstigt wird, dass die drittelparitätische Selbstverwaltung keinen ausreichenden Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme leisten konnte und mit der gescheiterten Reorganisation "Arbeitsamt 2000" seine Reformunfähigkeit bewiesen hat, ist sicherlich nicht in der Lage, die gravierenden arbeitsmarktlichen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Die aktuelle Geschäftspolitik mag zur Untermauerung der Argumentation dienen:

- Ausgrenzung von Berufsrückkehrerinnen
- Jugendliche, die keine Leistungsansprüche erworben haben, werden erst nach einem Machtwort des Kanzlers wieder berücksichtigt
- Es werden zwei Klassen von Arbeitslosen geschaffen, wobei sich die Aktivitäten und Förderung auf diejenigen Arbeitslosen beschränken, die qualifiziert sind und hohe Leistungsansprüche haben.
- Zerstörung der Weiterbildungsstruktur und damit die Versperrung des Zugangs zu Bildung

Kann von einer solchen Organisation erwartet werden, dass sie sich den verschärfenden Arbeitsmarktproblemen und darüber hinaus den zusätzlichen Kunden, die der BA durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfebeziehenden und Sozialhilfebeziehenden zugeführt werden, öffnet? Es ist eine Spaltung zu erwarten, die eine dauerhafte Ausgrenzung großer gesellschaftlicher Gruppen zur Folge haben wird.

Dem Hauptteil der arbeitsmarktpolitischen Reformen, der Vereinfachung des SGB III und der Erhöhung der Handlungsspielräume sowie der Verantwortlichkeit der Arbeitsämter, ist größere Aufmerksamkeit zu widmen und stärker im Hinblick auf Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten abzustimmen. Dezentralität soll den Arbeitsämtern, die die notwendigen Kenntnisse über die lokale Arbeitsnachfrage und das lokale Arbeitsangebot haben, eine höhere Autonomie erlauben. Sie sollen zum Zentrum der regionalen Arbeitsmärkte werden. Hierfür sind neue Kommunikations- und Kooperationsstrukturen mit den lokalen Akteuren (Unternehmen, Bildungsträger, Verbände) erforderlich, die es den Arbeitsämtern ermöglichen, lernende Organisationen durch eine systematische Öffnung für Innovationsimpulse von außen zu werden.

Erfolgreiches Dänisches Modell übertragen (Arbeitsmarkträte)

Die drittelparitätische Selbstverwaltung ist im Sinne einer Demokratisierung zu beleben. Hierzu ist, wie bspw. bei den Arbeitsmarkträten nach dänischem Modell, die Ausweitung von Kontroll- und Steuerungsbefugnissen (im Sinne von Planung der Arbeitsmarktpolitik und Beratung der Arbeitsämter) sowie die Offenlegung des Zustandekommens arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen erforderlich, um die regionale Eigeninitiative und Gestaltungsfähigkeit zur Bekämpfung der Arbeitsmarktprobleme zu stärken. Demokratisierung soll ebenfalls eine stärkere Mitbestimmung der Betroffenen, d.h. der Arbeitslosen beinhalten.

Zur Erhöhung der Flexibilität und Effektivität ist darauf zu achten, dass weitgehend auf gesetzlich vorgeschriebene Instrumente zu verzichten ist, da diese der Umstellung der aktiven Arbeitsförderung zuwiderlaufen. Auf der Regionsebene müssen Mittel der "freien Förderung" in einem erhöhten Maße zur

Verfügung gestellt werden, um vor Ort Handlungsspielräume für regional angepasste Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erzeugen.

Es ist darauf hinzuwirken, dass vorhandene effektive Strukturen nicht einem Übereifer der Reformanstrengungen zum Opfer fallen. Bei der notwendigen Zusammenführung aktiver Arbeitsförderung der BA und "Hilfe zur Arbeit" der Sozialhilfeträger sind vorhandene erfolgreiche Ansätze, Netzwerke und Kompetenzen der lokalen Arbeitsmarktpolitik zu wahren.

2. Entwicklung der Weiterbildungsstruktur

Die der industriellen Entwicklung innewohnende Rationalisierungskraft lässt in einem wesentlichen stärkeren Ausmaße Arbeitsplätze verschwinden als sie neue schafft. Gerade in Bereichen, in denen Geringqualifizierte eingesetzt wurden, sind überproportional Arbeitsplätze verloren gegangen. Ohne Qualifizierungsmöglichkeiten haben solche ArbeitnehmerInnen heute kaum noch eine Chance, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Qualifizierung kommt in dieser Hinsicht eine Schlüsselfunktion zu, sie trägt auch zur sozialen Gerechtigkeit bei.

Gleichstellung ausbauen

Die Gleichstellung der Frau ist seit Jahrzehnten das Bemühen vieler gesellschaftlicher und politischer Gruppen. Die Gleichstellung im Berufsleben nimmt dabei einen zentralen Stellenwert ein. Insofern ist bei der Konkretisierung der Arbeitsmarktreformen zu prüfen, ob sie nicht dem Postulat der Gleichstellung zuwiderlaufen. Einer aktuellen Fehlentwicklung, nämlich der, dass Aktivitäten der BA für Berufsrückkehrerinnen zurzeit eingestellt wurden, konterkarieren die gleichstellungspolitischen Erfolge der rot-grünen Koalition und stehen mit unseren politischen Zielen nicht im Einklang. Die beruflichen Integrationsbemühungen für Berufsrückkehrerinnen dürfen also nicht zur Disposition gestellt werden. Vielmehr sind weitere Anstrengungen nötig, um Chancengleichheit am Arbeitsmarkt herstellen zu können, u.a. durch erweiterte Angebote in der Ganztagsbetreuung.

Investieren, nicht sparen !

Statt einer Offensive für den Arbeitsmarkt werden derzeit Sparziele verfolgt, die in den Hartz – Vorschlägen keinesfalls so angelegt sind. Mit der derzeitigen rigorosen Sparpolitik der BA droht die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter zu entgleisen. Nach den bereits beschlossenen Einsparungen sind vor allem Jugendliche, Frauen, Langzeitarbeitslose und ArbeitslosenhilfeempfängerInnen betroffen.

Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes – Stärkung des 3. Sektors

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass eine große Gruppe von Arbeitsfähigen mit Risikomerkmale nicht dauerhaft in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden kann. Diese Gruppe zum einen, wie in der Vergangenheit häufig geschehen, in immerwährende Qualifizierungsschleifen zu schicken, ohne Integrationshindernissen entgegen zu wirken, Beschäftigungsfähigkeit zu erlangen und eine Arbeitsmarktintegration zu erreichen, ist sozialpolitisch fragwürdig als auch volkswirtschaftlich schädlich. Um diese größer werdende Gruppe nicht nachhaltig vom Arbeitsmarkt und damit aus

dem gesellschaftlichen Leben auszugrenzen, müssen Reformbestrebungen die Einrichtung eines dauerhaften zweiten Arbeitsmarktes einbeziehen.

Arbeitsmarktpolitik und ihre Instrumente müssen weiter auf Effizienz und Effektivität überprüft werden, ohne einen Kahlschlag der gesamten Weiterbildungsangebote für Arbeitslose zu betreiben.

3. Umverteilung der Arbeit

Die Rationalisierungspotenziale einer globalisierten Industrie- und Gesellschaftsstruktur können nicht negiert werden. Lebenslange Firmenbindung, garantierte Vollzeit Arbeitsplätze, umfassender Kündigungsschutz scheinen Kennzeichen einer vergangenen Wirtschaftswelt zu sein. Ein nachhaltiger Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist ohne eine Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die über die bezahlte Arbeit hinaus auch die unbezahlte Familienarbeit einbezieht, nicht vorstellbar. Die Erwerbsarbeit muss so gestaltet werden, dass sie es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglicht, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Dies erfordert die Schaffung der Möglichkeiten verkürzter Regelarbeitszeit bei Erweiterung der Zeitsouveränität für jeden Beschäftigten. Wir setzen uns daher für Arbeitszeitverkürzungen und Teilzeitarbeit auch in höher bezahlten Jobs in vielfältiger Form sowie für eine flexiblere Gestaltung der (Lebens-)Arbeitszeit ein.